

Garnisonsstädte in Deutschland

Veranstalter: Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA); Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg (IZRG)

Datum, Ort: 20.11.2012–21.11.2012, Potsdam

Bericht von: Claudia Ruge, Universität Flensburg

Kaum ein Monat vergeht, in dem quer durch die Republik nicht in der lokalen Presse von Standortschließungen, Kasernenräumungen und Truppenabzügen der Bundeswehr berichtet wird. Die in den vergangenen Jahren enorm forcierte Reduzierung von Bundeswehreinheiten bleibt dabei selten folgenlos für eine Standortgemeinde, hat im Gegenteil meist einschneidende Konsequenzen für ihre lokale Wirtschafts- und Sozialstruktur. Die tagesaktuelle Brisanz der zahlreichen Standortschließungen wirft zugleich Fragen nach dem Wohl und Wehe einer Garnison für die betroffene Stadt, Region und deren Bewohner auf: Inwiefern besteht ein Zusammenhang zwischen einer ständigen Militärpräsenz und dem wirtschaftlichen Wohlergehen einer Gemeinde? Kann eine dauerhafte militärische Besatzung wirtschaftliche Prosperität und Innovationsschübe auslösen, gar zu einer Belebung strukturschwacher Räume führen? Welche Folgen hat die Stationierung von Soldaten darüberhinaus für die örtliche Infrastruktur und Stadtopographie? Welche Auswirkungen hat schließlich die Anwesenheit von Militär auf die örtliche Zivilgesellschaft? Inwiefern kann eine Integration der Soldaten in die jeweilige Standortgesellschaft gelingen? Unter welchen Umständen trägt die Präsenz ausländischer Besatzungstruppen zur Überfremdung einer Dorf- bzw. Stadtgemeinschaft bei?

Diesen und zahlreichen weiteren Fragen zur Beziehung von Garnison und Region widmete sich der international besetzte Workshop „Garnisonsstädte in Deutschland“ des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) und des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg (IZRG) vom 20. bis zum 21.11.2012 in Potsdam. Mittels längs- und querschnittartiger Beiträge untersuchten 13 Referenten aus unterschiedlichen Perspek-

tiven und über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten hinweg das Wechselverhältnis von Militär, Stadt, Politik und Zivilgesellschaft.

Den Auftakt der von Michael Epkenhans (Potsdam) geleiteten ersten Sektion bildete GUY THEWES (Luxemburg) mit seinem Vortrag „Militärordnung versus Zunftordnung: die Entstehung von Parallelwirtschaften in Garnisonsstädten am Beispiel der Festung Luxemburg im 18. Jahrhundert.“ Am Beispiel der Befriedigung von Grundbedürfnissen der Soldaten mit Brot, Viktualien und Kleidung konnte der Referent aufzeigen, dass die kleine Provinzstadt nur einen sehr geringen ökonomischen Nutzen aus der Militärpräsenz ziehen konnte. Als wichtigste Festung der südlichen Niederlande beherbergte das Herzogtum Luxemburg in Krisenzeiten bis zu 8.000 Soldaten, die damit 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die Brotversorgung der Garnison erfolgte durch private Unternehmer, so genannte Generalunternehmer, die vom Zunftzwang befreit waren und der Masse der städtischen Gewerbetreibenden konkurrierend ins „Gewerbe pfuschten“.

Eine ähnliche Form von Parallelwirtschaft entwickelte sich auch in der südbadischen Stadt Lahr. THORSTEN MIETZNER (Lahr) untersuchte in seinem Beitrag die Möglichkeiten der gegenseitigen Einflussnahme von Industrie und Militär in Lahr im 20. Jahrhundert. Seine Leitfrage lautete: Bildet Militär ein Ansiedlungshemmnis oder vielmehr eine Voraussetzung für die Ansiedlung von Industrie? Für die heute über 44.000 Einwohner zählende Stadt konnte Mietzner letzteres konstatieren, führte doch die Einrichtung und der Ausbau der Garnison ab 1898 zu einer kurzfristigen Belebung von Einzelhandel und Kleingewerbe, bevor nach der ersten Laher Konversion ab 1918 ein rasanter industrieller Strukturwandel einsetzte, der sich dann ab 1945 sehr erfolgreich, jedoch völlig unabhängig von den nunmehr ausländischen Garnisonen (zunächst – bis 1967 – Franzosen, anschließend – bis 1993 – Kanadier) fortsetzte. Impulse zur industriellen Entwicklung einer Stadt seien weniger von der bestehenden Garnison als von den Momenten ihrer Errichtung bzw. ihres Abzugs ausgegangen, resümierte Mietzner.

Die Wechselwirkungen zwischen Militär und städtischer Gesellschaft in den Fokus rückend, referierte HENNING ROET (Frankfurt am Main) über „Frankfurt als preußische Garnisonstadt 1866 bis 1914“. Roet gab einen Einblick in die Welt der Kriegervereine, die sich üblicherweise durch eine geringe Mitgliederquote von Offizieren und Akademikern sowie mangelnde Partizipation höherer Schichten auszeichneten. Als Institutionen des „Militarismus des kleinen Mannes“ bildeten die Vereine einen Berührungspunkt zwischen Einwohnerschaft und stationierten Soldaten, nahmen quasi eine Schnittstellenfunktion zwischen Militär und Zivilbevölkerung ein. In der dem preußischen Militär eher reserviert auftretenden Stadt Frankfurt gestaltete sich dieses Verhältnis jedoch anders: Hier stellten die 40 Kriegervereine, insbesondere die „Kriegerkameradschaft Frankfurt“ mit einem hohen Anteil an promovierten, adeligen und stadt-prominenten Mitgliedern, eine regelrechte Ausnahme dar. Durch eine auffallend hohe Anzahl von Offizieren und Angehörigen der Oberschicht trugen die Kriegervereine zur schrittweisen Prussifizierung der Stadt bei.

Die zweite von ROBERT BOHN (Schleswig/ Flensburg) geleitete Sektion begann mit einem Beitrag von SEBASTIAN KESTLER-JOOSTEN (Würzburg) über „Konstruktionen von Alterität und Identität in der Auseinandersetzung mit US-amerikanischen Soldaten in Bamberg“. Der Referent unternahm den Versuch, anhand themenzentrierter Leitfadeninterviews und regionaler Presseberichte sprachlich klassifiziertes Verhalten mittels qualitativer Diskursanalyse zu erschließen, um Rückschlüsse ziehen zu können, wie Fremdheit und Alterität der seit 1945 in Bamberg stationierten US-Amerikanischen Soldaten verhandelt wurden. Kestler-Joosten konnte unter anderem ein stark touristisch qualifiziertes Selbstbild der Bamberger herausstellen, das die amerikanische Garnison ausschließt. In der anschließenden Diskussion, die die vom Referenten gewählte qualitative Methodik aufgriff, betonte Kestler-Joosten, dass es ihm nicht auf quantitative Repräsentativität seiner Ergebnisse, sondern vielmehr auf deren Exemplarität ankomme. Hinterfragt wurde vor allem das Fehlen von Kri-

terien, die der Auswahl der 17, durch öffentliche Aufrufe zur Mitwirkung gewonnenen Interviewpartner zugrunde gelegt wurden.

Einen längsschnittartigen Überblick zur 500 Jahre umfassenden Garnisonsgeschichte der Stadt Bamberg bot CHRISTIAN TH. MÜLLER (Potsdam). Das Wirtschaftsleben der Stadt, die seit dem 16. Jahrhundert von der Anwesenheit von Soldaten geprägt wurde, konnte nur in Teilen davon profitieren. Die Garnison habe zwar einen bedeutenden, jedoch keinen essentiellen Beitrag zur wirtschaftlichen Belebung Bambergs geleistet. Hinsichtlich der lebensweltlichen Verflechtung von US-amerikanischem Militär mit einheimischer Bevölkerung sei es ab 1945 zwar zu regelmäßigen institutionellen Beziehungen und gemeinsamen öffentlichen Auftritten gekommen, insgesamt dominierte jedoch mehr ein funktionierendes Nebeneinander als ein Miteinander. Die meisten Soldaten blieben „Bamberger auf Zeit“ und damit „Fremde in einer ihnen fremden Stadt“. Allerdings waren die US-Soldaten für viele Gewerbetreibende ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

THOMAS TIPPACH (Münster) widmete sich in seinem Vortrag „'... wodurch das üble Verhältnis entsteht, daß das Militär die Höhe der Steuern bestimmt, welche die Commune zu tragen hat': Das Servisregulativ von 1810 und seine Folgen“ den im Rahmen der preußischen Militärreform geänderten Servisbestimmungen. Die bis dato praktizierte Praxis der Natureleinquartierung wurde von der einheimischen Bevölkerung vielfach als drückende Last empfunden; die zum Ausgleich erhobenen Servissätze lösten den Bankrott vieler Kommunen aus, führten zu Protesten zahlreicher Garnisonstädte und schließlich zur partiellen Distanzierung des Bürgertums vom Militär. Eine Lösung der Quartiersfrage konnte erst mit der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts praktizierten Kasernierung gelöst werden.

Die Entwicklung der Augsburger Stadtopographie in den Blick nehmend, sprach GERHARD FÜRMETZ (Augsburg) über „Orte des Militärs – Räumliche Truppenpräsenz und Stadtöffentlichkeit der Festungs- und Garnisonstadt Augsburg seit 1806“. Mit der Übergabe der Freien Reichsstadt Augsburg an das Königreich Bayern begann eine neue Ära

der Militärgeschichte. Eine hohe Militärkonzentration und parallele Industrialisierung prägten Mitte des 19. Jahrhunderts das Bild der Stadt, bevor man die Garnison im Jahre 1919 im Rahmen der erzwungenen Entmilitarisierung auf ein Infanteriebataillon reduzierte. 1933 wurde Augsburg Sitz einer Wehrmachtsdivision, 1936 zusätzlich Luftwaffenstützpunkt, ein neuer, durch weiträumige militärische Infrastruktur geprägter Westen entstand, während sich im Osten Augsburgs große Industrieansiedlungen befanden, die zur Zweiteilung der Stadt führten. Ab 1951 trugen schließlich umfangreiche Wohnungsbauprogramme für zeitweilig 17.000 amerikanische Soldaten zu einer regelrechten Gettoisierung der neuen Garnison-Stadtteile bei.

Die dritte, von UWE DANKER (Schleswig/Flensburg) geführte Sektion am zweiten Tag des Workshops leitete RÜDIGER SCHMIDT (Münster) ein mit einem Beitrag zu „Industrialisierung, urbane(m) Wandel und soziale(m) Konflikt: Die bewaffnete Macht in Elberfeld zwischen Vormärz und Reichsgründung“. Bezug nehmend auf die drei Präpositionen Stadt, Industrie und militärische Macht beschrieb Schmidt das im 19. Jahrhundert von starken Ambivalenzen geprägte Verhältnis zwischen Industrie, städtischer Gesellschaft und Militär, wobei sich letzteres eigentümlich blind gegenüber den neuen Strömungen der Liberalisierung und Demokratisierung verhalten habe. Das mit der Revolution 1848 bei den städtischen Führungsschichten einhergehende Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung habe die Stadt Elberfeld zu einem Gesuch um Belegung mit einer ständigen Garnison veranlasst, wobei es im Vorfelde abzuwägen galt, inwiefern die Militärpräsenz erhöhten Schutz vor Aufständen der Arbeiterklasse, wirtschaftlichen Nutzen oder gar eine zusätzliche Zunahme von Unordnung und Reibereien mit sich bringen würde. Als zentraler Begriff der Argumentation diente dabei der Begriff der „Sicherheit“, welcher von Stadt und Militär unterschiedlich ausgelegt wurde. Das Bedürfnis der sozialen Distanz auf Seiten des Militärs führte zu topographischer Distanz bei der Stationierung.

Das Themenfeld der preußischen Einquartierungspraxis erneut aufgreifend, referierte BERNHARD SICKEN (Münster) über „Infra-

strukturellen Bedarf und politisches Kalkül im Heeres-, Budget- und Verfassungskonflikt 1859 – 1866: Umstrittene Quartiersansprüche in den preußischen Westprovinzen.“ Die im Zuge der Heeresreform angehobene Stärke des preußischen Heeres verschärfte zugleich den Bedarf nach Einquartierungsmöglichkeiten in den rheinischen und westfälischen Provinzen. Die infrastrukturellen Ansprüche des Militärs sowie ein fehlendes Finanzierungskonzept über die Quartierslast führten zu enormem Unmut der Zivilbevölkerung sowie einer finanziellen Belastung zahlreicher Kommunen, wodurch das Verlangen nach der seit 1820 gesetzlich verbrieften Kasernierung immer stärker in den Fokus rückte. Insgesamt kam Sicken anhand umfassender Quellenstudien zu der Leitthese, dass der Konflikt über die Heeres- und Stationierungsordnung in entscheidendem Maße zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft in den betroffenen Regionen beitrug.

Die vierte und zugleich letzte, erneut von Robert Bohn geleitete Sektion eröffnete MANUEL FLEISCHER (Chemnitz) mit einem Überblick zu „Wechselwirkungen zwischen dem 10. Königlich-Sächsischen Infanterieregiment Nr. 134 und der Stadt Plauen“. Die im Rahmen einer BA-Arbeit erarbeiteten Ergebnisse förderten eine bemerkenswerte demografische und industrielle Entwicklung der Stadt gegen Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts zu Tage. Ab 1877 wuchs in Plauen der Wunsch nach einer ständigen Garnison, woraufhin ein „reichsfiskalisches Kasernement“ geplant und realisiert wurde, in dessen Umfeld sich in der Folge die Trabantenstadt Plauen-Neuendorf entwickelte. Fleischer konnte darlegen, dass neben infrastrukturellem Ausbau und positiven Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft die Stationierung der Truppen jedoch auch finanzielle Nachteile für die Stadtkasse einbrachte. Dem neuen Selbstbewusstsein der Plauerer Bürger habe dieser Umstand jedoch nichts anhaben können.

Einen ganz anderen, den bisherigen Themen kaum vergleichbaren, jedoch nicht weniger spannenden Untersuchungsgegenstand lieferte GEOFF JACKSON (Calgary) über „Garrison towns in Canada“. Am Beispiel des von der North West Mounted Police (NWMP)

im Herbst 1874 gegründeten Forts Calgary zeigte Jackson, dass sich im Gegensatz zu Garnisonen auf deutschem Boden Städte erst durch die Ansiedlung der NWMP heraus entwickelten. Wie in zahlreichen anderen Garnisonen des Northwest-Territoriums verfolgte die NWMP auch in Calgary in erster Linie polizeiliche Aufgaben. Calgary habe insgesamt eine intensive und wirksame, wenn auch kurze Phase als Garnison durchlebt: War die lokale Struktur in den 1870er Jahren hauptsächlich durch Vieh- und Landwirtschaft geprägt, so setzten ökonomisches Wachstum und ein Anstieg der Bevölkerung mit dem Bau der Canadian Pacific Railway 1883 ein. Mit dem Abzug der NWMP in den 1890er Jahren galt die Garnisonszeit Calgarys schließlich als beendet.

Dass eine ehemalige, 350 Jahre alte Garnisonstadt auch als Bundeswehrstandort prädestiniert sein kann, machte abschließend KLAAS HARTMANN (Kiel) mit seinem Beitrag zur „Garnisonstadt Rendsburg. Militärbauten im Spannungsfeld Staat und Kommune“ deutlich. In einem kursorischen Überblick fokussierte er seine Ausführungen auf die Phase des Aufbaus und des Abzugs von Bundeswehreinheiten, indem er die Entwicklung einzelner Kasernen nachzeichnete, dabei oft auf bürokratische Hindernisse und verwaltungsinterne Auseinandersetzungen verwies. In der Stadt Rendsburg, die seit 1947 einen multinationalen Stab der NATO beherbergte, wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit ehemalige militärische Gebäude vorwiegend als Flüchtlingsbaracken, Lazarette oder zu privat-gewerblichen Zwecken genutzt, bevor die Bundeswehr in den 1960er Jahren schließlich Eigenanspruch anmeldete. In den 1990er Jahren begann der schrittweise Abzug der Einheiten aus Rendsburg: 1997 wurde der LANDJUT (Hauptquartier der alliierten Streitkräfte Schleswig-Holstein und Jütland) nach Stettin verlegt, im Herbst 2004 verkündete Bundeswehrverteidigungsminister Peter Struck sein großes Konzept zur Umorientierung der Bundeswehr. 2010 zogen die letzten Truppen aus Eiderkaserne und Feldwebel-Schmid-Kaserne ab, zivile Nachnutzungen der Gebäude und Gelände durch ein anliegendes Gymnasium, ein Krankenhaus sowie Großinvestoren wurden erfolgreich auf den Weg gebracht. In der Rückschau sei die Kon-

version weitestgehend positiv abgeschlossen, so Hartmann.

Den Workshop abrundend, betonte UWE DANKER (Schleswig/Flensburg) in seinem Abschlusskommentar die methodisch, zeitlich und hinsichtlich der Fragestellungen sehr vielfältigen Untersuchungsansätze. Es sei ein buntes und breites Feld ansprechender und ertragreicher Forschungen zu Garnisonstädten in Deutschland deutlich geworden, die in der Zusammenfassung sieben Ableitungen zuließen:

1. Das Verhältnis Garnison – Stadt resp. Militär – Zivilgesellschaft stelle mithin ein spannendes und ertragreiches Feld historischer Erkenntnis dar.

2. Die interdependenten Beziehungsgeflechte zwischen Militär- und Zivilgesellschaft bildeten ein gewinnversprechendes Forschungsfeld, dessen Erträge in ihren Aussagen über Gesellschaft, Staat, Kommune, Bürgerschaft, Bevölkerung, Ökonomie auch über den engen Erkenntnisbereich hinausgehen könnten.

3. Die Vorträge hätten gezeigt, dass die Bandbreite der Fragestellungen und Forschungsansätze die Fruchtbarkeit gesellschaftsbezogener, sozial- und wirtschaftshistorischer sowie regionalhistorischer Forschungen zur Militärgeschichte unterstreicht.

4. Die spezifischen Forschungen samt ihrer hohen Differenzierungsgrade in Fragen der Akzeptanz von Garnisonen, der gesellschaftlichen Integration resp. Gettoisierung, der Interessenvielfalt beteiligter Gruppen und Institutionen lieferten auch einen Referenzrahmen für andere Untersuchungen.

5. Hieraus abgeleitet könnten auch universelle Fragestellungen unabhängig eines bestimmten Betrachtungszeitraums sinnvoll sein.

6. Komparatistische Untersuchungen und ausdrückliche Bezüge auf Referenzprojekte erschienen als durchaus geboten.

7. Ein spannendes Untersuchungsfeld könnte komparatistische, sozialhistorische Forschung zur „Besatzungsstationierung“ West-Ost bilden.

Insgesamt lieferte der Workshop ausnahmslos anregende, vielfältige und spannende Beiträge, die nicht nur rein technik-

geschichtliche Aspekte in den Mittelpunkt rückten, sondern methodisch abgesichert und auf hohem wissenschaftlichen Niveau sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Perspektiven boten. Die fruchtbaren Diskussionen gaben darüber hinaus zahlreiche Anstöße und Anregungen für weitere Workshops: So könnte beispielsweise auch die polizeiliche Funktion des Militärs oder die allgemeine Aktenlage sowie Zugänglichkeit zu bestimmten militärhistorischen Quellen thematisiert werden.

Konferenzübersicht:

Einführung, Michael Epkenhans (Potsdam), Robert Bohn (Schleswig/ Flensburg)

I. Sektion

Leitung, Michael Epkenhans (Potsdam)

Guy Thewes, Luxemburg: Militärordnung versus Zunftordnung: die Entstehung von Parallelwirtschaften in Garnisonstädten am Beispiel der Festung Luxemburg im 18. Jahrhundert

Henning Roet, Frankfurt am Main: Frankfurt als preußische Garnisonstadt 1866 bis 1914

Thorsten Mietzner, Lahr: Industrie und Militär: Lahr im 20. Jahrhundert zwischen zwei Entwicklungsvarianten

II. Sektion

Leitung: Robert Bohn (Schleswig/ Flensburg)

Sebastian Kestler-Joosten, Würzburg: Konstruktionen von Alterität und Identität in der Auseinandersetzung mit US-amerikanischen Soldaten in Bamberg

Christian Th. Müller, Potsdam: Bamberg als Garnisonstadt. Von der Frühen Neuzeit bis heute.

Thomas Tippach, Münster: '... wodurch das üble Verhältnis entsteht, daß das Militär die Höhe der Steuern bestimmt, welche die Commune zu tragen hat': Das Servisregulativ von 1810 und seine Folgen

Gerhard Fürmetz, Augsburg: Orte des Militärs – Räumliche Truppenpräsenz und Stadtöffentlichkeit in der Festungs- und Garnisonstadt Augsburg seit 1806

III. Sektion

Leitung: Uwe Danker (Schleswig/ Flensburg)

Rüdiger Schmidt, Münster: Industrialisierung, urbaner Wandel und sozialer Konflikt: Die bewaffnete Macht in Elberfeld zwischen Vormärz und Reichsgründung

Bernhard Sicken, Münster: Infrastruktureller Bedarf und politisches Kalkül im Heeres-, Budget- und Verfassungskonflikt 1859 – 1866: Umstrittene Quartieransprüche in den preußischen Westprovinzen

IV. Sektion

Leitung: Robert Bohn (Schleswig/ Flensburg)

Manuel Fleischer, Chemnitz: Die Wechselwirkungen zwischen dem 10. Königlich-Sächsischen Infanterieregiment Nr. 134 und der Stadt Plauen

Geoff Jackson, Calgary: Garrison towns in Canada

Klaas Hartmann, Rendsburg: Garnisonstadt Rendsburg. Militärbauten im Spannungsfeld zwischen Staat und Kommune

Schlusswort

Uwe Danker

Tagungsbericht *Garnisonsstädte in Deutschland*. 20.11.2012–21.11.2012, Potsdam, in: H-Soz-Kult 08.02.2013.